

Pressemitteilung

Immobilienwirtschaft zur Annahme des Europäischen KI-Gesetzes: Vorreiterrolle nutzen und Standort Europa stärken

Brüssel/Berlin, 2.2. 2024 – Der Zentrale Immobilienausschuss (ZIA) begrüßt die vorläufige politische Einigung zum ersten europäischen Gesetz über künstliche Intelligenz (Artificial Intelligence Act, AI-Act) durch die Botschafterinnen und Botschafter in Brüssel. Die EU setzt damit ein starkes Zeichen für klare Innovations-Leitplanken und wahrt zugleich ethische Standards bei der Sicherung europäischer Bürgerrechte. Wie schon in anderen Fällen ist sie damit Vorreiter in internationaler Gesetzgebung.

„Die intensiven Debatten im Europäischen Parlament sowie zwischen den Gesetzgebern und der Wirtschaft haben die Relevanz dieses komplexen Gesetzes gezeigt. Umso erfreulicher ist es für den Innovationsstandort Europa, dass eine vorläufige Einigung erzielt werden konnte“, so die Hauptgeschäftsführerin des ZIA, Aygül Özkan.

Die Immobilienwirtschaft steht vor großen Transformationen, bei denen Künstliche Intelligenz (KI) eine zentrale Rolle spielen wird. Die digitale und klimaneutrale Umgestaltung des Gebäudesektors und dessen immer engere Kopplung an den Energiesektor erfordert innovative Werkzeuge für intelligente und effiziente Lösungen, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. KI ist insofern ein Schlüsselement, mit dem der Anteil des Gebäudesektors an energiebezogenen Emissionen reduziert werden kann. „Sowohl bei der Systemoptimierung in der Energieeffizienz als auch beim Steuern von Fernwärmenetzen – um nur zwei Schlüsselpunkte zu nennen – kann KI unsere Arbeit unterstützen. Diese Chancen müssen wir nutzen, um unser Ziel der Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 zu erreichen“, unterstreicht Özkan.

Der ZIA hat schon früh das Potential in der Digitalisierung des Immobiliensektors erkannt und fördert dies unter anderem mit seiner PropTech-Plattform, um vor allem digitalaffine Start-Ups und deren ambitionierte technischen Entwicklungen zu unterstützen.

Der nun vorläufig verabschiedete Text zeigt deutliche Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen, vor allem bei der erforderlichen Ausgewogenheit der Regulierung. Nach der endgültigen Verabschiedung muss unbedingt sichergestellt werden, dass das

Umsetzen die Unternehmen nicht durch übermäßige Compliance-Pflichten überlastet. Vor allem junge und innovative Unternehmen müssen dabei im Blick gehalten werden.

Auch die regelmäßige Überprüfung der Regulierungen durch die Kommission ist deshalb zu unterstützen, um den Rahmen der rasanten technologischen Entwicklung flexibel anzupassen. Der ZIA bietet den europäischen Gesetzgebern und der Kommission daher an, auch zukünftig die Kompetenz der Immobilienwirtschaft in den Prozess einzubringen.

„Für das Europäische Parlament gilt es nun, sowohl im Sinne der europäischen Wirtschaft und Technologieförderung als auch mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni das Votum des Rates zu unterstützen“, sagt Özkan. „So kann es gelingen, dass wir einen optimistischen Blick auf Innovationen unterstützen: KI wird helfen, den Klimawandel mit mehr Tempo zu bekämpfen“, unterstreicht die Hauptgeschäftsführerin.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 33 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel, Wien und Zürich – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 17

E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de